Pressemitteilung

Pressereferat
der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
http://www.wiesbaden.de/presse

12. Mai 2023

Planen Bauen Wohnen, Homepage

Anbindung des BKA-Standorts im Ostfeld: Machbarkeitsstudie schlägt schnelle und ausbaufähige Lösung vor

Das Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden hat in einer aktuellen Machbarkeitsstudie untersuchen lassen, ob und wie ein Haltepunkt an der Ländchesbahn im Bereich des geplanten BKA-Standorts in Erbenheim realisiert werden kann.

Im Jahr 2026 soll mit den ersten Erschließungsmaßnahmen für den zentralen BKA-Standort begonnen werden. Daher ist die Planung für den Haltepunkt mit Priorität zu behandeln. Stadtentwicklungsdezernent und Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende betont: „Wiesbaden ist seit jeher ein Standort bedeutender Bundes- und Landesbehörden und ich freue mich, dem BKA einen zukunftsfähigen Standort im Entwicklungsgebiet Ostfeld anbieten zu können. Die Schaffung eines Haltepunktes für das BKA an der Ländchesbahn ist ein wichtiger Meilenstein für die Schienenanbindung des Ostfelds und ein wichtiger Schritt für den Ausbau nachhaltiger Verkehrsangebote in Wiesbaden.“

Ziel ist ein 15-Minuten-Takt zum Wiesbadener Hauptbahnhof: Unterschiedliche Varianten der Schaffung eines neuen Haltepunktes an der Ländchesbahn wurden im Hinblick auf eine technische, verkehrliche und wirtschaftliche Machbarkeit untersucht und dabei eine schnelle und gleichzeitig aufwärtskompatible Lösung gefunden. Eine Schienenanbindung des Behördenstandortes kann in mehreren aufeinander folgenden Ausbaustufen realisiert werden: Als kurzfristige Übergangslösung (Ausbaustufe 1a) kann unter Beibehaltung der derzeitigen Taktung zunächst ein Bahnsteig auf der Nordseite der Ländchesbahntrasse

errichtet werden. In der darauf folgenden Umsetzungsphase (Ausbaustufe 1b) ist ein zweites Gleis am BKA-Haltepunkt mit einem weiteren Bahnsteig vorgesehen. Damit wird eine Taktverdichtung auf einen attraktiven 15-Minuten-Takt zwischen Behördenstandort und Hauptbahnhof realisierbar. Außerdem wird mit dem zweiten Gleis am BKA-Haltepunkt die Voraussetzung geschaffen, dass zukünftig auch das im Süden geplante Stadtquartier über einen Abzweig von der Ländchesbahn-Trasse mittels Schiene angebunden werden könnte. Die Machbarkeitsstudie zur Umsetzbarkeit einer solchen Schienenanbindung des Stadtquartiers befindet sich derzeit in Bearbeitung.

Baumaßnahme könnte finanziell gefördert werden: Die Kosten für die erste Ausbaustufe (1a) mit einem Bahnsteig belaufen sich auf voraussichtlich 1,9 Millionen Euro. Für die zweite Ausbaustufe (1b) mit einem weiteren Bahnsteig zur Taktverdichtung werden circa 8 Millionen Euro veranschlagt. Eine finanzielle Förderung des neuen Haltepunktes wurde bereits in Aussicht gestellt. Für die Realisierung des neuen Haltepunktes an der Ländchesbahn können laut Deutscher Bahn (DB) Synergien mit dem Bau der Wallauer Spange durch die DB Netz AG genutzt werden.

Nächste Schritte: Die Stadtverordneten, der Ausschuss für Mobilität und der Ortsbeirat Erbenheim werden nun über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie informiert. Weiterhin übernimmt das Verkehrsdezernat die nächsten Schritte für die zeitnahe Planung, Herstellung und Inbetriebnahme des BKA-Bahnhalts. Zunächst ist bis zum Ende der Sommerferien 2023 der Abschluss einer Planungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn AG und weiteren Verkehrsträgern vorgesehen.

Hintergrund: Im Rahmen der Umsetzung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Ostfeld (SEM Ostfeld) ist ein zentraler Neubaustandort für das Bundeskriminalamt (BKA) an der B 455 auf der Höhe des Ortsbezirkes Wiesbaden-Erbenheim vorgesehen. Im Süden wird der Standort von der bestehenden Schienentrasse der Ländchesbahn begrenzt. Bis zu 7.000 Mitarbeitende sollen in den nächsten Jahren am neuen Behördenstandort arbeiten. Das BKA will ein nachhaltiges Mobilitätskonzept umsetzen, in dem ein attraktiver Schienenanschluss einen wichtigen Baustein darstellt.

Im Jahr 2021 stimmte die Regionalversammlung Südhessen dem Antrag der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen/Regionaler Flächennutzungsplan 2010 im Bereich der SEM Ostfeld zu. Der Zulassungsbescheid beinhaltet die Maßgabe einer Planung, Herstellung und Inbetriebnahme von Schienenanschlüssen für den zukünftigen zentralen Behördenstandort des Bundeskriminalamts (BKA) im Norden und für das urbane

Stadtquartier im Süden des städtebaulichen Entwicklungsbereichs. Ebenso ist gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum städtebaulichen Entwicklungsbereich Ostfeld vom 17. September 2020 ein schienengebundenes Angebot zur optimalen ÖPNV-Anbindung im Stadtquartier und im Gewerbestandort zu schaffen.

+++